**PRESSEMITTEILUNG**

**„Salzunger Bündnis“ forciert Widerstand gegen SuedLink**

**Bad Salzungen**. Das im letzten Jahr gegründete „Salzunger Bündnis“ gegen den SuedLink hatte heute (9. Februar) Landwirte, Kreisbauernverbände, Vertreter des ThüringenForst, der bestehenden Bürgerinitiativen sowie Bürgermeister der vom Trassenkorridor des SuedLink berührten Städte und Gemeinden aus dem Unstrut-Hainich-Kreis, dem Wartburgkreis und dem Landkreis Schmalkalden Meiningen in Bad Salzungen zu Gast. Dr. Martin Gude, Abteilungsleiter Energie und Klima im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, erläuterte den Stand der vom Land bei der Bundesnetzagentur eingereichten „Thüringer Variante“ der Trassenführung, die zwischenzeitlich hauptsächlich aufgrund eines vom Vorhabenträger TenneT beauftragten Gutachtens abgelehnt wurde. Damit werde sie auch nicht weiter untersucht, wie Thomas Walter vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft weiter erläuterte. Das Umweltministerium suche alle rechtlichen und planerischen Argumente, die gegen eine Trassenführung durch Thüringen sprechen, so Gude. Thüringen sei durch den Südostlink bereits stark belastet. Er stellte die Forderung auf, dass in zukünftige Versorgungsszenarien die dezentrale Versorgung eine größere Rolle spielen müsse. Jedoch würden sehr wahrscheinlich die jetzt geplanten Fernleitungen trotzdem notwendig sein, dämpfte er aufkeimende Hoffnung darauf, dass der SuedLink gänzlich überflüssig sein könnte.

Der Vorschlag Thüringens sei zulässig und fundiert gewesen, so Thomas Walter. Aus seiner Sicht sei es fehlerhaft, dass die Variante nicht weiter untersucht werde. Anders als die Bundesnetzagentur sieht er das Prinzip der Geradlinigkeit in den Trassenkorridoren der Vorhabenträger verletzt. Auch vermisse er die Berücksichtigung der Priorisierung der Raumwiderstände. Diese seien lediglich in ihrer Anzahl mit der Fuldaer Variante in Osthessen verglichen worden, nicht jedoch in ihrer Qualität. Im jetzigen Stadium erfolge die Festlegung des Untersuchungsraumes, und dieser sei, so Walter, schon fehlerhaft. Er forderte die Anwesenden, vor allem die Bürgermeister, auf, alle bekannten möglichen Raumwiderstände zu melden.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass vor allem die Bürgerschaft breiten Protest zeigen muss. Christoph Friedrich, Bürgermeister der Gemeinde Rhönblick im Kreis Schmalkalden-Meiningen, hat bereits vor einem Jahr die Bürgerinitiative "Keine Stromtrasse zwischen Rhön und Rennsteig e.V." ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Jürgen Herrmann, Bürgermeister von Fambach, war im vergangenen Frühjahr zu Protestaktionen aufgerufen worden, denen bis zu 3.000 Menschen gefolgt sind. Er bot neuen Bürgerinitiativen seine Unterstützung an. Herrmann wies bereits auf eine neuerliche Protestdemonstration am 25. März ab 14 Uhr in Fambach hin.

Neben den Auswirkungen auf die Grundstücke, von denen sowohl die Eigentümer als auch die Flächennutzer wie Landwirtschaftsbetriebe betroffen wären, wurden auch gesundheitliche Aspekte oder mögliche Auswirkungen auf die Allgemeinheit beispielsweise durch die Erwärmung der Werra-Auen und eine mögliche Ausbreitung von Mückenpopulationen angesprochen.

Landrat Reinhard Krebs zeigte sich dankbar für das breite Interesse und bekräftigte abschließend: „Die Trasse in Westthüringen brauchen wir nicht, und wir wollen sie nicht! Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren und ich rufe die Bürgermeister und alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam zu protestieren“.

Wer am gemeinsamen Protest mitwirken will, kann sich an das Büro des Landrates im Wartburgkreis wenden (pressestelle@wartburgkreis.de). Kontakt zur Bürgerinitiative "Keine Stromtrasse zwischen Rhön und Rennsteig e.V." kann hergestellt werden.

Damit der Strom aus Windkraftanlagen im Norden nach dem Atomausstieg auch im Süden genutzt werden kann, sollen nach Vorgaben der Bundesregierung neue Stromtrassen gebaut werden. Nachdem die ursprünglich oberirdisch geplante Trasse nun in Form von Erdkabeln in einem rund 1000 Meter breiten Planungs-Korridor verlaufen soll, steht neuerdings neben den aktuellen Planungen für Westdeutschland auch eine Streckenführung über ehemals ostdeutsches Gebiet und damit auch durch den Wartburgkreis, den Unstrut-Hainich-Kreis, den Landkreis Schmalkalden-Meiningen und Ortsteile der kreisfreien Stadt Eisenach zur Debatte.